



## Kurzbericht über die Sitzung 1/92 des Hauptausschusses am 4./5. Februar 1992 in Bonn

Die erste Sitzung des Hauptausschusses 1992 fand am 4./5. Februar 1992 in Bonn statt. Der Hauptausschuß hat den Entwurf des Berufsbildungsberichts 1992 beraten und erstmals seit 14 Jahren eine **gemeinsame Stellungnahme zum Berufsbildungsbericht** verabschiedet.

Im Rahmen seiner Funktion als Beschußorgan des Bundesinstituts befaßte sich der Hauptausschuß unter anderem mit dem Haushaltsplanentwurf für 1993. Er stimmte dem vom Generalsekretär vorgelegten Entwurf mit Änderungen zu.

Er beschloß die Aufnahme folgender Forschungsprojekte in das Forschungsprogramm:

FP 3.923 — Grundlagen zur Neuordnung der Berufsausbildung in der industriellen Oberflächentechnik

FP 3.924 — Grundlagen für die Neuordnung der Berufsausbildung im industriellen Modellbau

FP 3.925 — Grundlagen für die Neuordnung des Ausbildungsbereichs Sozialversicherungsfachangestellter / Sozialversicherungsfachangestellte

FP 4.203 — Qualitätskriterien für die berufliche Qualifizierung Körperbehinderter — Entwicklung und Erprobung von Qualitätssicherungskonzepten für berufsfördernde Bildungsmaßnahmen in der Rehabilitation.

Es wurden dem Hauptausschuß Ergebnisse aus dem Projekt 2.074 „Betriebliche Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher“ sowie Ergebnisse aus der EMNID-Umfrage „Daten und Fakten über Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ präsentiert. Diese Präsentationen wurden vom Hauptausschuß mit Interesse aufgenommen und diskutiert.

Der Hauptausschuß beauftragte den Ständigen Unterausschuß, ihm zur nächsten Sitzung einen überarbeiteten Entwurf seiner Empfehlungen von 1984 zur **Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung** vorzulegen.

Der Hauptausschuß wurde zur Zweiten Verordnung zur Änderung der Ausbilder-Eigensverordnung Landwirtschaft angehört. Die nächste Sitzung (2/92) des Hauptausschusses findet am 6./7. Mai 1992 in Berlin statt.

## Stellungnahme des Hauptausschusses zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 1992

1. Die Ausbildungsstellensituation in Deutschland stellt sich sehr unterschiedlich dar. In den alten Bundesländern gab es erheblich mehr Ausbildungsangebote als Nachfrage. Dadurch haben sich die Ausbildungschancen der Jugendlichen weiter verbessert.

Vor allem in den verschiedenen gewerblich-technischen Berufen ist die Nachfrage erheblich zurückgegangen, so daß viele Betriebe

ihre Ausbildungsplätze nicht mehr besetzen können. Die Entspannung auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat demnach Strukturprobleme gelöst, aber auch neue geschaffen.

2. Die Datenlage in den neuen Bundesländern ist noch immer unbefriedigend. Dennoch läßt sich feststellen, daß das betriebliche Ausbildungsangebot nicht ausgereicht hat, um der Nachfrage der Jugendlichen zu entsprechen. Viele Ausbildungsplatzbewerber haben deshalb eine außerbetriebliche Ausbildung begonnen, mehr Jugendliche als erwartet sind in die gymnasiale Oberstufe eingetreten oder haben eine Ausbildung in den alten Bundesländern aufgenommen. Auf diese Weise konnte den Jugendlichen weitgehend ein Bildungs- oder Ausbildungsangebot gemacht werden.

Wegen der stark wachsenden Nachfrage im Osten Deutschlands wird auch 1992 nicht auf außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen verzichtet werden können; die betriebliche Ausbildung muß allerdings Vorrang haben. Das betriebliche Ausbildungsangebot muß erheblich ausgeweitet werden. Der Hauptausschuß fordert daher alle Beteiligten auf, ihre Anstrengungen zur Gewinnung betrieblicher Ausbildungsplätze zu verstärken. In diesem Sinn appelliert der Hauptausschuß auch an die Treuhandanstalt.

Die Qualität der Ausbildung in Betrieben, außerbetrieblichen Einrichtungen und beruflichen Schulen weist noch Mängel auf. Es sind erhebliche Anstrengungen erforderlich, um die Ausstattung der betrieblichen und schulischen Ausbildungsstätten und die Qualifikation des Ausbildungspersonals zu verbessern. Dazu gehören auch der bedarfsgerechte Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten und die Sicherung eines funktionsfähigen Prüfungswesens.

Die Kommunen werden aufgefordert, die schulische Entwicklungsplanung voranzutreiben und die ihnen zugewiesenen Mittel

aus dem „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ auch für berufliche Schulen zu verwenden. Bund und Länder werden aufgefordert, ihre finanziellen Anstrengungen zur Verbesserung der beruflichen Bildung im Ostteil Deutschlands unvermindert fortzusetzen.

3. Der Hauptausschuß ist sich einig in dem Ziel, für möglichst alle Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung zu gewährleisten. Dies gilt auch für ausländische Jugendliche, deren Anteil an den Auszubildenden — gemessen an der ausländischen Bevölkerung — noch zu niedrig ist. Einvernehmen besteht auch darüber, die Förderung benachteiligter Jugendlicher fortzusetzen und die Instrumente weiterzuentwickeln. Gemeinsame Auffassung ist es weiter, daß es einen allgemeingültigen Lösungsansatz zur Qualifizierung für diese Personengruppe nicht gibt. Während die Beauftragten der Arbeitgeber und die Mehrheit der Länder die Position der Bundesregierung teilen, daß auch neue Ausbildungsgänge für bestimmte Zielgruppen erforderlich sind, teilen die Beauftragten der Arbeitnehmer diese nicht. Sie sehen die Lösung insbesondere in einer verbesserten Förderung. Die Beauftragten der Arbeitnehmer lehnen die Schaffung von neuen Berufen außerhalb von § 25 BBiG/HwO nachdrücklich ab.

Um leistungsfähigere junge Menschen anhaltend an einer Ausbildung im dualen System zu interessieren und die Attraktivität der Berufsausbildung zu steigern, sollte endlich mit der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung Ernst gemacht werden. Der Hauptausschuß hat bereits 1984 zu dieser Frage eine Empfehlung abgegeben und Lösungsansätze vorgeschlagen. Er begrüßt die derzeitige intensive öffentliche Diskussion und wird seine damaligen Vorschläge aktualisieren. Der Hauptausschuß bewertet positiv auch Modelle für freiwillige Zusatzangebote während der Ausbildung, z. B. Fremdsprachen, kaufmännisches Grundwissen für Auszubildende in gewerblich-technischen Berufen.

4. Der Hauptausschuß unterstützt die Position der Bundesregierung zur Änderung des EWG-Vertrages und zur Subsidiarität im Verhältnis zwischen europäischen Institutionen und den Mitgliedsstaaten im Bildungsbereich, d. h., er befürwortet die unterstützende und ergänzende Tätigkeit der EG unter Wahrung der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten.

Der Hauptausschuß begrüßt die Öffnung verschiedener EG-Programme für die mittel- und osteuropäischen Staaten und sieht darin einen weiteren Schritt zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit diesen Ländern in einem größeren Europa. Die Bestrebungen zur europäischen Einigung bedingen, allen Ansetzungen der Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten.

5. Die im Hauptausschuß vertretenen Gruppen werden weiterhin dazu beitragen, daß die berufliche Weiterbildung zu einem gleichgewichtigen Teil des Bildungssystems wird.

Viele Angebote vor allem in Ostdeutschland erfüllen nur ungenügend die Qualitätserfordernisse an eine bedarfsgerechte Weiterbildung. Die Steigerung der Qualität der Weiterbildungsmaßnahmen muß weiterhin ein wichtiges berufsbildungspolitisches Anliegen bleiben.

Der Hauptausschuß stellt fest, daß bei der Behandlung der beruflichen Weiterbildung im Berufsbildungsbericht der Schwerpunkt auf die Entwicklung in den neuen Ländern gelegt wird. Wenngleich die besondere Bedeutung der beruflichen Weiterbildung für die Umstrukturierung in den neuen Ländern anerkannt wird, darf die berufliche Weiterbildung in der gesamten Bundesrepublik nicht aus dem Blickfeld geraten. Zu solchen Maßnahmen, die zu einer Weiterentwicklung der beruflichen Weiterbildung beitragen können, gehört u. a. die verstärkte Förderung von bisher weiterbildungsfremden Personengruppen, wie z. B. Un- und Angelernte und die Verbesserung der Transparenz in der Weiterbildung.



Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)  
Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU)

#### FERNUNTERRICHT- FERNSTUDIUM

KATALOG DER FERNLEHRANGEBOTE IN DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
Berlin 1991, 1276 Seiten, 19,-DM,  
ISBN 3-88555-446-1

Die neue Ausgabe des Katalogs der Fernlehrangebote bietet detaillierte Angaben über

- das Lernziel,
- die Teilnahmevoraussetzungen,
- die Lehrgangsdauer und -kosten,
- den Umfang des Lehrmaterials und
- die Abschlußprüfung,
- die Lehrgangsinhalte,
- die Möglichkeiten der finanziellen Förderung,
- den begleitenden Unterricht.

Erstmals enthält der Katalog auch Informationen über die Fernstudienangebote der Hochschulen in den neuen Bundesländern. Angaben werden gemacht zu den Studiengängen/Studienrichtungen, Teilnahmevoraussetzungen, zur Studiendauer sowie zum Studienbeginn.

Sie erhalten diese Veröffentlichungen beim  
Bundesinstitut für Berufsbildung -K3/Vertrieb  
Fehrbelliner Platz 3  
1000 Berlin 31  
Telefon: 86 83-5 20/5 16  
Telefax: 86 83-4 55